

 **Bundesministerium**
Kunst, Kultur,
öffentlicher Dienst und Sport

 **Bundesministerium**
Bildung, Wissenschaft
und Forschung

 **Bundesministerium**
Arbeit, Familie und Jugend

 **Bundeskanzleramt**
Bundesministerin für
Frauen und Integration

 **Bundesministerium**
Inneres

 **Bundesministerium**
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

Geschäftszahlen:

BMKÖS-2020.0.830.621

BMI-2020.0.830.272

BMFI-2020.0.803.657

BMBWF-2020.0.830.215

BMSGPK-2020.0.831.075

BMAFJ-2020.0.830.851

42/25

Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Strategische Extremismusprävention

Es bestehen grundlegende Herausforderungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, den sozialen Frieden und die Sicherheit in freien, demokratischen Gesellschaften. Daher stellt sich die Frage, wie Antisemitismus, Rassismus, Extremismus, Radikalisierung und Terrorismus effektiv der Nährboden entzogen werden kann. Klar ist jedenfalls: Die Strafverfolgungsbehörden alleine können diese Herausforderungen nicht an der Wurzel bekämpfen. Erforderlich ist vielmehr ein Zusammenwirken zahlreicher Akteurinnen und Akteure auf der Grundlage einer proaktiven, gesamtgesellschaftlichen Herangehensweise.

Der Bereich Extremismusprävention ist eine Querschnittsmaterie, die sich durch zahlreiche Akteure und breitgefächerte Angebote auf lokaler, regionaler aber auch Landes- und Bundesebene auszeichnet. Einerseits ermöglicht dieser Umstand die nötige Flexibilität und Praxisnähe, andererseits ist in diesem Bereich koordiniertes Vorgehen aller Beteiligten im Sinne einer Institutionalisierung sowie einer koordinierten und vernetzten Umsetzung geboten. Der vorliegende Ministerratsvortrag soll diesem Ziel Rechnung tragen und die rasche Umsetzung effektiver Maßnahmen zusätzlich zu dem bereits bestehenden Angebot initiieren und mittelfristig sicherstellen.

Der Schwerpunkt soll daher in den Bereichen

- Extremismusprävention in allen sozialen Bereichen liegen, insbesondere im Bildungswesen sowie
- Ausbau von Anlaufstellen und niederschweligen Beratungsangeboten für Angehörige, die Radikalisierungstendenzen wahrnehmen, jedoch davor zurückschrecken, Behörden und andere Stellen zu informieren

liegen. Von diesen Angeboten können Betroffene, Angehörige, deren soziales Umfeld sowie Multiplikatoren und Multiplikatorinnen profitieren. Dies dient der Festigung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der Vermittlung von sozialer Zugehörigkeit und der Stärkung der Resilienz gegenüber extremistischen religiös und/oder politisch begründeten Ideologien.

In der Umsetzung der Punkte werden daher folgende Maßnahmen im Bereich der systemischen Extremismusprävention gesetzt:

- Ausbau des „Bundesweiten Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung“ (BNED) zu einer nationalen Koordinationsstelle im Bereich Extremismusprävention und Deradikalisierung
- Ausbau der Präventionsprogramme sowohl im (a) schulischen als auch im (b) außerschulischen Bereich (u.a. mobile interkulturelle Teams, externe Angebote für Schulen, Schwerpunktsetzungen in der Familien- und Jugendarbeit etc.)
- Aufbau und Stärkung der Präventionsprogramme im Bereich Soziales, Gesundheit und Freiwilligenarbeit
- Präventionsprogramm Sport (u.a. Vereins- und Fanarbeit sowie Positivkampagnen über Vorbilder/Identifikationsfiguren)
- Bestandsaufnahme der bestehenden Maßnahmen im Bereich Extremismusprävention von Ländern und Gemeinden und Unterstützung der Gebietskörperschaften beim Ausbau derselben

Zu diesem Zweck stellt die Bundesregierung zusätzlich 8 Millionen Euro zur Verfügung.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

16. Dezember 2020

Mag. Werner Kogler
Vizekanzler

Karl Nehammer, MSc.
Bundesminister

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin

Dr. Heinz Fassmann
Bundesminister

Rudolf Anschober
Bundesminister

Mag. (FH) Christine Aschbacher
Bundesministerin